

Udolf-Strobl: Österreich bei eGovernment unter den Top 3 in Europa

Utl.: eGovernment-Benchmark der EU-Kommission misst digitale Verwaltung in 36 Ländern - Österreich auch beim DACH-Vergleich führend =

Wien (OTS/BMDW) - Die massiven Anstrengungen der Politik, die Digitalisierung auch in Österreichs Verwaltung voranzutreiben, werden in zwei aktuellen Rankings sichtbar. Im heute veröffentlichten „eGovernment-Benchmark 2019“ der Europäischen Kommission belegt Österreich den dritten Platz von 36 untersuchten Ländern, konnte sich damit um drei Plätze verbessern und gehört mit Malta (Rang 1) und Estland zu den Top 3-Nationen in Europa. Und auch der am 16. Oktober in Berlin vorgestellte eGovernment Monitor 2019, der Österreich mit den Partnerländern Deutschland und Schweiz vergleicht, stellt dem heimischen E-Government ein sehr gutes Zeugnis aus. „Unsere Verwaltung gehört zu den innovativsten in Europa und das zeigt sich auch an den Spitzenplätzen in entsprechenden Rankings. Mit dem digitalen Amt wandeln wir uns vom electronic zum mobile government und setzen neue Maßstäbe für andere Länder. Die Digitalisierung hilft uns, das Servicelevel für die Bevölkerung zu erhöhen und Ressourcen für komplexere Beratungstätigkeiten frei zu machen“, so Digitalisierungsministerin Elisabeth Udolf-Strobl.

Zwtl.: Ergebnisse des EU eGovernment Benchmarks im Detail

Österreich punktete besonders in den Bereichen Verfügbarkeit und Benutzerfreundlichkeit (z. B. durch mobile Nutzung). Mit jeweils über 95 Prozent Reifegrad bilden Österreich, Malta und Finnland die Top 3 bei diesem Indikator. Ebenfalls hervorzuheben ist die Vorreiterstellung Österreichs im Bereich der Schlüsseltechnologien in den Kategorien eID (elektronischer Identitätsnachweis), e-documents (elektronische Übermittlung von Dokumenten von Land A zu Land B) und in der Nutzung von Registern. In der Unterkategorie E-Zustellung erzielt Österreich mit dem „Recht auf elektronischen Verkehr mit Behörden“ die maximale Punktezahl und hält gemeinsam mit Dänemark, Estland und Litauen Platz eins im europaweiten Vergleich. Die größten Fortschritte hat Österreich im Bereich „Business Cross Border Mobility“ gemacht. Vor allem die Online-Verfügbarkeit von Verwaltungsservices für Unternehmen sowie die grenzüberschreitende Einsatzmöglichkeit nationaler eID-Lösungen sind hier hervorzuheben.

Ebenfalls bemerkenswert ist die Verbesserung der Verwaltung im Bereich "mobile friendliness", der für mobile Endgeräte angepassten Darstellung der Inhalte. Europaweit Vorreiter ist Österreich im Bereich "Digitisation", womit die Digitalisierung des Front- und Back-Office der öffentlichen Verwaltung - im Hinblick auf Nutzerorientierung, Transparenz, Mobilität und Einsatz von Schlüsseltechnologien - umfasst wird.

Wenn es um die Nutzung des Online-Kanals für die Erledigung von Amtswegen geht, liegt Österreich jedoch nur knapp über dem europäischen Mittel, es gibt also Aufholbedarf im Bereich der Nutzung von eGovernment. Um die Potenziale der elektronischen Verwaltung bestmöglich auszuschöpfen, ist es notwendig, das bestehende Formularangebot für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen (www.oesterreich.gv.at bzw. www.usp.gv.at) weiter auszubauen und breit zu bewerben. Dabei ist darauf zu achten, dass die Services dem "mobile first" Ansatz entsprechen und konsequent auf die bestmögliche Nutzung auf unterschiedlichen Geräten (PC, Smartphone, etc.) ausgerichtet werden, so die Kommission. Im Bereich "Transparency und Business Start-Up" liegt Österreich noch knapp über dem Durchschnitt, entwickelt sich jedoch deutlich langsamer als die Vergleichsländer. Hier gilt es, das Informationsangebot deutlich und mehrsprachig auszubauen.

Zwtl.: Das sagt der eGovernment Monitor

Dass die organisatorischen und technischen Anstrengungen in Österreich gut zu wirken beginnen, zeigen auch die Ergebnisse des aktuellen eGovernment Monitor recht eindrucksvoll. In dem Bericht zum Zustand des E-Government in Österreich, Deutschland und der Schweiz, schneidet Österreich trotz leicht rückläufiger Nutzungszahlen bei der Bewertung seiner E-Government-Angebote hervorragend ab. Vor allem dem spürbaren Trend von der Informationssuche hin zu echten Transaktionen trägt die österreichische Lösung mit Plattform und App am besten Rechnung. Auch die Akzeptanz von neuen Prinzipien des modernen E-Government, wie die Verwendung von elektronischen Identitäten, oder die Akzeptanz der einmaligen Übermittlung von Daten an staatliche Stellen und deren weitere zentrale Nutzung durch Behörden (Once-Only-Prinzip), ist in Österreich und der Schweiz deutlich ausgeprägter als in Deutschland.

Zwtl.: Handy-Signatur in Österreich auf dem Vormarsch

Der signifikanteste Unterschied gegenüber den beiden deutschsprachigen Nachbarländern besteht jedoch in der Verbreitung elektronischer Identitäten und Signaturen. Fast 1,3 Millionen Österreicherinnen und Österreicher besitzen inzwischen die Handy-Signatur. Höher gebildete und ältere Personen sind für diese starke Verbreitung verantwortlich. Defizite gibt es offenbar bei den Jüngeren, wobei der Mangel an Angeboten der Verwaltung für diese Gruppe laut den Autorinnen und Autoren dafür verantwortlich sein dürfte. Einen eindeutigen Schub hat das E-Government laut dem Befund des eGovernment Monitors jedenfalls durch die Plattform oesterreich.gv.at und die App Digitales Amt erfahren. Obwohl das Service erst seit März 2019 angeboten wird, haben bereits zwei von zehn Personen, die ein Smartphone besitzen, die App installiert, die meisten davon mit aktivierter Handy-Signatur. „Die Zahlen lassen vermuten, dass sich die App problemlos verbreiten wird“, so die Schlussfolgerung in dem Expertenpapier. „Mit dem digitalen Amt hat die Republik das Tor in das digitale Zeitalter weit aufgestoßen. Wir müssen uns und unsere Services stärker am Nutzungsverhalten der Bürgerinnen und Bürger ausrichten und mobile Anwendungen forcieren. Wer seine Bankgeschäfte am Handy erledigt, möchte eine Alternative zum klassischen Amtsweg nutzen und diese Möglichkeit bieten wir als führendes Land in Europa“, so Udolf-Strobl.

Zwtl.: Über die beiden Studien

Der "eGovernment Benchmark" der Europäischen Kommission untersucht jährlich digitale Verwaltungsservices (E-Government) in den 28 EU-Mitgliedsländern, Island, Montenegro, Norwegen, Serbien, der Schweiz und der Türkei sowie heuer erstmals auch in Albanien und Nordmazedonien. Als Grundlage für den Vergleich dienen die aus der Digitalen Agenda der Europäischen Union entnommenen Indikatoren Nutzerzentriertheit, Transparenz, grenzüberschreitende Mobilität und technologische Schlüsselemente für eine Online-Serviceabwicklung. Diese vier zentralen Indikatoren werden jährlich rollierend anhand von einzelnen Lebenslagen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen untersucht, die eine Interaktion mit öffentlichen Stellen notwendig machen. Heuer wurden die Lebenslagen Unternehmensgründung, Jobverlust und -suche, Studieren und Familienleben wie Hochzeit, Geburt oder Hausrenovierung untersucht.

Herausgeber des eGovernment MONITOR sind die Initiative D21 und fortiss gemeinnützige GmbH in München. Durchgeführt wird sie vom Marktforschungs- und Beratungsunternehmen Kantar mit Sitz ebenfalls

in München. Die Studie beleuchtet seit 2011 jährlich die aktuelle E-Government-Situation in Deutschland. Zentrale Untersuchungsgegenstände sind: Bekanntheit, (mobile) Nutzung, Nutzungsbarrieren, Zufriedenheit sowie die Identifikation im Zusammenhang mit digitalen Behördengängen. Die aktuelle Untersuchung legt ihren Schwerpunkt auf die Themen digitale Identitäten (insbesondere bei der behördlichen Nutzung) und das Once-Only-Prinzip. Zudem zeichnet sie den Prozess der Steuererklärung nach und untersucht die Gründe, wieso Behördenkontakte in diesem Zusammenhang nicht immer online ablaufen. Seit 2012 werden Österreich und die Schweiz als Vergleichsländer herangezogen.

~

Rückfragehinweis:

Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
Felix Lamezan-Salins, B.A.
Pressesprecher der Bundesministerin Elisabeth Udolf-Strobl
+43 664 88 69 23 07 / +43 1 711 00-805128
felix.lamezan-salins@bmdw.gv.at

Presseabteilung BMDW
+43 (0) 1 711 00-805130
presseabteilung@bmdw.gv.at
www.bmdw.gv.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/48/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0100 2019-10-18/12:00

181200 Okt 19

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20191018_OTS0100